

Bürgerbrief: Die AfD ist Ausdruck sozialer Spaltung – nicht ihre Ursache

von Franz Witsch

Hamburg, 04.05.2016

Liebe FreundeInnen des politischen Engagements,

am 27.04.2016 lief im Fernsehen der Talk „Menschen bei Maischberger“ zum Thema „Die Angstmacher: Wie gefährlich sind Deutschlands Populisten?“.(Q07) Die Diskussion war – wie üblich – kaum erträglich. Indes prallten Meinungen etwas anders als sonst, nämlich aggressiver, aber ansonsten wie üblich belanglos aufeinander. Es wird denunziert, ausgegrenzt, ohne dass ein gemeinsames Interesse erkennbar wäre, das verbinden bzw. gewährleisten würde, dass Debattenteilnehmer nicht unentwegt aneinander vorbei reden. In (Q01) spreche ich von einem Allgemeininteresse, eingelassen in soziale Strukturen, „so auch in politische Auseinandersetzungen“, das nicht nur verlogen – der Form halber mit dem Verweis auf „gemeinsame“ Verfassungstreue – präsent sein dürfe oder Debatten blieben ohne Substanz.

Mittlerweile werden „gemeinsame Wahrheiten“ nicht mehr nur „unbewusst“ verdrängt, z.B. dass sich de facto für das Grundgesetz niemand interessiert (Q24), sondern, wie damals in der DDR, offen verleugnet, in der DDR noch im Interesse einer besseren Gesellschaft, während hierzulande die Meinung weit verbreitet ist, dass wir schon in einer guten Gesellschaft lebten, zumindest aber doch in der besten aller möglichen Welten.

In der DDR wusste nahezu jeder Bürger, woran er war. Insofern war Verständigung möglich – darüber, dass und warum „alles scheiße“ sei, – wenn auch nicht offen, sondern nur privat hinter vorgehaltener Hand.

Heute stellt es sich anders dar: Politiker reagieren gar nicht mehr auf Kritik; diese verhält einfach nur, sogar direkt und unmittelbar vor den Ohren der Politik; z.B. die TTIP-Kritik: Hier ignoriert der britische Premier Cameron auf ein von ihm selbst in Auftrag gegebenes Gutachten zu TTIP, weil es zu dem Ergebnis kommt, es sei nutzlos und verursache nur Kosten.(Q02) Dennoch will er es, anders als Österreichs Rechtspopulisten, durchsetzen. Es ist peinlich: Wir verdanken es den Rechtspopulisten, nicht dem angeblich so kritischen *Spiegel* (vgl. Q13) und auch nicht den Linken, wenn der TTIP-Dreck sich EU-weit nicht durchsetzen sollte. (Q03, Q04)

Laut *Telepolis* sprach *Spiegel Online*-Redakteurin Annett Meiritz im Hinblick auf die TTIP-Verhandlungen „von einer ‚scheinend mangelnden Transparenz‘.“ Sie finde es „okay, dass ‚nicht jeder Bürger daran beteiligt‘ sei. Tapfer doziert die Journalistin, dass TTIP ja demokratisch legitimiert sei, weil die Verhandlungen ja von den gewählten Politikern abegesegnet worden seien“.

Weiter heißt es kritisch gegen den *Spiegel* gerichtet: „Wenn Pressevertreter die Öffentlichkeit für überflüssig erklären, kann das eigentlich nur Satire sein. Dieses interessante Verständnis von politischem Journalismus erinnert an den SPIEGEL-Titel ‚Stoppt Putin jetzt‘, mit dem die von der EU mitgetragenen US-Sanktionen gegen Russland verkauft werden sollten – und die Leserschaft für dumm.“(Q13)

Und nun schau in der Tat alle – nicht nur *Der Spiegel* – blöd aus der Wäsche, nachdem sich dank Greenpeace herausgestellt hat, dass die USA in den TTIP-Verhandlungen „enormen Druck auf die EU“ ausüben. Sie drohen mit Abschottung ihrer einheimischen Automärkte, wenn TTIP nicht komme und sie die EU-Märkte nicht mit ihrem genmanipulierten und hormon-kontaminierten Agrar-Dreck

überschwemmen dürfen.(Q12) Und sie planen den DWN zufolge mit TTIP ganz offensichtlich einen „Frontal-Angriff auf Gerichte in Europa“.(Q21, vgl. auch Q22) Und zwar weil US-Banken im Zuge der Schulden- und Finanzkrise in (vergangene) kriminelle Machenschaften gegenüber europäischen Unternehmern und Kommunen verwickelt sind und im Falle von Klagen der Geschädigten sich vor TTIP-Schiedsgerichten bessere Chancen davonzukommen ausrechnen als vor europäischen Gerichten.

Vor diesem Hintergrund bietet es sich an, den VW-Abgas-Skandal neu zu bewerten. Die USA möchten ihre einheimischen Märkte schützen gegen Konkurrenz aus der EU.(Vgl. Q18, Q19) Dabei ist ihnen jedes Mittel recht. Und keiner wagt es, sozusagen in einem Allparteien-Pakt, laut auszusprechen, dass die USA mit unlauteren Mitteln kämpfen. Schlimmer. Frau Merkel, unsere dumme Nuss (BB-122), möchte die TTIP-Verhandlungen zu einem schnellen Abschluss bringen (Q14)

Was die Systempresse, allen voran der Spiegel (der noch hinter die Springer-Presse zurückfällt), nicht begreift, ist: Die Russlandsanktionen wurden im Wesentlichen auf Betreiben der USA durchgesetzt, um EU und Russland wirtschaftlich zu schaden und politisch auseinander zu bringen (Q17), heute – wie um die Sanktionen nachträglich zu legitimieren – flankiert von wachsender militärischer Präsenz in Polen und den baltischen Staaten: Und um Russland abzuschrecken, möchte Frau Merkel die Bundeswehr auf US-Wunsch in Litauen einmarschieren lassen. (Q05) Es ist also Tatsache: die USA tun alles, um eine Verständigung zwischen Russland und EU zu erschweren – nicht aus moralischen Gründen, sondern allein nur aus wirtschaftlichen Gründen. Wer's nicht begreift, ist unsere Kanzlerin.

Um von der eigenen politischen Impotenz abzulenken, dreschen im Maischberger-Talk (Q07) Politiker aller Parteien, von der CDU bis zu den sogenannten linken Gutmenschen der Partei „Die Linke“ (PDL), auf Rechtspopulisten in der AfD ein, unterstützt vom Politikwissenschaftler Albrecht von Lucke, auch wenn dieser in der Sendung den Nagel auf den Kopf getroffen hat:

„Die AfD hat ein so großes Potential, wie es eine rechte Partei seit 1945 nicht hatte“ (zitiert nach Q07). „Dafür verantwortlich seien“, heißt es weiter, „die etablierten Parteien, die durch Alternativlosigkeit ein Vakuum hinterlassen hätten. 'Die AfD ist das Salz in den Wunden der anderen Parteien'“.

Ja und das dem so ist, merkt mittlerweile sogar *Der Spiegel* (18/2016) in einem Leitartikel; dort heißt es u.a.: Niemand in der Welt wolle es wahrhaben, aber die etablierten Parteien „stecken allesamt in einer dramatischen Legitimitätskrise. Viele Wähler trauen ihnen nichts mehr zu. Viele, mancherorts schon zu viele Bürger fühlen sich von ihnen weder verstanden noch repräsentiert.“(Q15) Nur dass *Der Spiegel* es bislang selbst nicht wahr haben wollte, was – peinlich, peinlich! – für Normalbürger schon lange auf der Hand liegt.

Im Glashaus sollte man nicht mit Steinen werfen. Richtig: Etablierte Parteien und herrschende Medien haben keinen Grund, auf die AfD einzuprügeln; zumal viele in der AfD richtige Forderungen vertreten, z.B. dass die Bundeswehr sich an Nato-Militäreinsätzen nur noch mit UN-Mandat beteiligen solle: In (Q20, S. 21, Z13-15) heißt es: „Nato-Einsätze außerhalb des Bündnisbereichs, an der sich deutsche Streitkräfte beteiligen, sollten grundsätzlich unter einem UN-Mandat stattfinden“.

Außerdem lehnt die AfD „Freihandelsabkommen wie TTIP ab, wenn diese intransparent und ohne ausgewogene Interessenwahrung der beteiligten Parteien

gestaltet sind und unzulässig in nationales Recht eingreifen.“ (aaO, S. 51, Z24-26) Ganz peinlich wäre in diesem Zusammenhang, wenn TTIP nur scheitern sollte dank Österreichs Rechtspopulisten. (Q03, Q04) Müssen wir nun die fremdenfeindliche und rassistische AfD wählen, damit endlich etwas passiert? Die Linken haben in Parlamenten bislang stets versagt – sowohl politisch als auch sozial. Das spürt der Normalbürger, gerade Arbeitslose und Geringverdiener, sehr genau und haben Recht. (Q08)

Natürlich ist das noch lange kein Grund, AfD zu wählen. Die anderen Parteien sind aber keineswegs besser; mit dem Unterschied: sie sind an der Macht und haben ihre Inkompetenz in Regierungsverantwortung ausgiebig bewiesen, eigentlich seit 1914, als die SPD den Kriegskrediten im Reichstag zustimmte; die AfD ist da noch sauber. Dennoch ist sie gefährlich. Sie repräsentiert ein extrem rückwärtsgewandtes Familien- und Gesellschaftsbild. Doch auch wenn ich sie um alles in der Welt nicht wählen würde, bedeutet das nicht, dass ich das sogenannte „kleinere Übel“ wähle werde, also Parteien, die den Rechtspopulismus mit zu verantworten haben.

Warum auch kleinere Übel wählen? Eine Mehrheit der Bürger traut ihnen immer weniger bis gar nichts mehr zu. Telepolis zufolge werfen 70 Prozent „den Politikern vor, dass sie sich nicht groß darum kümmern, wie die Menschen denken – und 72 Prozent gehen sowieso davon aus, dass die ‚etablierten Parteien die wichtigsten Probleme Deutschlands nicht im Griff haben‘.“ (Q16) Kurz: es gibt das kleinere Übel nicht mehr.

Die Inkompetenz beginnt ja schon damit, der Maischberger-Talk (Q07) zeigt es einmal mehr, dass Politiker nicht mal in der Lage sind, politische Probleme zu diskutieren, zumal wenn sie von Leuten (der AfD) aufgeworfen werden, die ihnen nicht in den Kram passen. Als wenn Probleme nicht existieren würden, sobald sie aus nicht berufenem Mund geäußert werden. So ist es z.B. nicht ersichtlich, warum die Ansicht (der AfD), derzufolge der Islam mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei, polarisiere bzw. nicht „normal diskutierbar“ sein soll, wohlgemerkt, sofern sich der Islam sozial und politisch äußert; und das tut er sehr wohl, wenn auch vielfach indirekt, z.B. wenn angeblich moderate Muslime sich nicht trauen, die Trennung von Jungen und Mädchen im Schwimmunterricht massiv zu ächten oder es in Ordnung finden, wenn männliche Politiker weiblichen Politikern den Handschlag verweigern.

Auch dass der Islam eine Eroberungsideologie darstellt, ist – siehe Erdogans und Saudi-Arabiens Unterstützung blutrünstiger Islamisten nicht nur in Syrien – nicht ganz von der Hand zu weisen. Es gibt kaum einen muslimischen Staat, der den Islam nicht für seine politischen Zwecke missbraucht (vgl. Q23), um ihr jeweiliges Gewaltregime zu rechtfertigen; und hier wäre auch der Iran mit seinen zahllosen Hinrichtungen wegen kleinster Vergehen zu nennen.

Und es werden sehr wahrscheinlich weitere Gottesstaaten hinzukommen, nicht zuletzt dank der vom Westen inszenierten Kriege oder direkter Militärinterventionen (z.B. in Libyen, Irak, Syrien). Wer will da noch leugnen, dass der Islam keine gefährlichen Seiten an und in sich hat, und dass jene Gottesstaaten nur eine absolute Minderheit gewaltbereiter Muslime oder solche mit einem Gewaltproblem repräsentieren würden.

Auch Menschen, die ein unproblematisches Verhältnis zur Gewalt haben, sind gefährdet oder gefährlich bzw. leicht zur Gewalt verführbar: nicht in der Lage zu reflektieren, was es bedeutet, soziale Konflikte gewalttätig auszutragen. Und dann ist in ihrem Gemüt der Glaube an einen „gerechten“ Krieg unverrückbar präsent.

So wie den Deutschen übrigens auch: Schließlich wird uns von Politik, Medien und Kultur (Film und Fernsehen) Tag für Tag eingebläut, dass es eben manchmal ganz ohne Gewalt nicht gehe. Diesbezüglich unterscheiden sich christlich geprägte Bürger nicht von Muslimen.

Das Problem besteht aus psychoanalytischer Sicht darin, dass Menschen – in psychisch fragilen Lebenslagen und mit einem unproblematischen Verhältnis zur Gewalt bis hin zu Mord und Totschlag – sehr schnell die übelsten Gewalttaten in das Eigenschaftswort „gerecht“ projizieren, so dass sie zwangsläufig an den „gerechten Krieg“ glauben. Dazu trägt die Politik bei in Kooperation mit der herrschenden veröffentlichten Meinung bzw. man tut absolut nichts, um Bürger mental dagegen zu immunisieren, Konflikte ggf., wenn angeblich alles nicht mehr hilft, mit Gewalt, nicht zuletzt militärisch zu bewältigen.

Nicht nur im Ausland, auch im Inland droht man mit Gewalt. Gerade haben „Polizeieinheiten und Militärs der EU“ grundgesetzwidrig „in NRW eine Übung für einen Bürgerkriegsfall in Deutschland durchgeführt“. (Vgl. **Q06**) So etwas ist mordsgefährlich und Ausdruck einer massiven sozialen Spaltung, die man weiß Gott nicht der AfD in die Schuhe schieben darf, es sei denn man will von eigenen Unzulänglichkeiten ablenken.

Noch gibt es in den Reihen der PDL Leute wie den Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko, die dagegen protestieren, dass „ihm der Zutritt zum Übungsplatz verwehrt wurde“, um sich einen Eindruck darüber zu verschaffen, was im Inneren militärisch nicht nur gedacht, sondern mittlerweile praktisch geübt wird. Man stellt sich doch nicht etwa wieder – wie nach dem Ersten Weltkrieg – auf Massenerschießungen im Falle sozialer Unruhen ein? Noch dazu unter den Augen der Bundesregierung, auf die vor gar nicht so langer Zeit der populäre Wissenschaftsmoderator Ranga Yogeshwar noch so stolz war, weil sich „unsere“ Bundeskanzlerin für die Flüchtlinge stark gemacht habe? (**BB-098, K10**) Geht's noch naiver?

Doch wie lange wird es Leute wie Andrej Hunko in der PDL noch geben. Es gab sie auch schon bei den Grünen, bevor sie mit Gerd Schröder (SPD) 1998 eine Regierungskoalition im Bund eingingen. Sofort inszenierten Schröder und Fischer den Kosovo-Krieg gegen Jugoslawien (**Q10**) und mutierten zu diesem Zeitpunkt, allen voran Fischer (**Q09, Q11**), zu ganz gewöhnlichen Kriegshetzern.

In den Chor der Kriegshetzer würde sich Gysi vielleicht jetzt schon gern einreihen für die Aussicht auf ein wenig Regierungsverantwortung auf Bundesebene, so wie er es jetzt schon übt, als er einen „Pakt“ aller Parteien, einschließlich CDU/CSU, gegen die AfD ins Gespräch brachte. Gysi ist gewiss nicht weniger machtgeil als Fischer. Sein Rückzug vom Fraktionsvorsitz ist nur ein koketter Fake; er möchte an die Macht gerufen werden. So oder ähnlich sieht es jedenfalls Oskar Lafontaine in einem Spiegel-Interview (vom 18.04.2016).

Oskar muss es wissen. Er hat sich 1999 wegen des Kosovo-Kriegs aus der Bundesregierung und vom SPD-Partei-Vorsitz zurückgezogen, um ein paar Jahre später die PDL mitzugründen, um jetzt zu erleben, dass man sie heute buchstäblich nicht mehr wiedererkennt. Das zeichnete sich allerdings schon vor ihrer Gründung ab. Allein Lafontaine wollte aus purer Machtgeilheit nicht sehen, dass es so kommen musste. (Vgl. **MP1**, S.47, 61f, 77, **85f**, 143; **MP2**, S.10f)

Herzliche Grüße
 Franz Witsch
www.film-und-politik.de

Quellen:

- BB-098:** Franz Witsch, Wir leben in einer Zeit wild gewordener Politisierung der Esoterik
 Link: <http://www.film-und-politik.de/BB-098.pdf>
- BB-122:** Franz Witsch, Der Fall Merkel & Sloterdijk oder gibt es ein intellektuelles Lumpenproletariat?
 Link: <http://www.film-und-politik.de/BB-122.pdf>
- K10:** Franz Witsch, Flüchtlingskonflikte in ganzheitlicher Sicht
<http://www.film-und-politik.de/K10.pdf>
- MP1:** Franz Witsch, Materialien zur Politisierung des Bürgers. Bd.1: Ökonomische und moralische Voraussetzungen einer sozialverträglichen Gesellschaft, Norderstedt 2015
- MP2:** Franz Witsch, Materialien zur Politisierung des Bürgers. Bd.2: Kommunikation unter Verdacht, Norderstedt 2015
- Q01:** Franz Witsch, Mentale Voraussetzungen einer Militarisierung sozial-ökonomischer Strukturen.
<http://www.film-und-politik.de/NGFP-MVS.pdf>
- Q02:** Britisches Gutachten: Vernichtendes Urteil über TTIP
 DWN vom 26.04.16
<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/04/26/britisches-gutachten-vernichtendes-urteil-ueber-ttip/>
- Q03:** Bisher größte Gefahr für TTIP: In Österreich kaum noch Chancen
 DWN vom 28.04.2016
<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/04/28/bisher-groesste-gefahr-fuer-ttip-in-oesterreich-kaum-noch-chancen/>
- Q04:** Österreich nach der Erdrutschwahl. Hofer will als Bundespräsident TTIP nicht unterschreiben
 Telepolis vom 26.04.2016
<http://www.heise.de/tp/artikel/48/48064/1.html>
- Q05:** Merkel gibt Obamas Drängen nach: Bundeswehr vor Einsatz in Osteuropa
 DWN vom 29.04.16
<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/04/29/merkel-gibt-obamas-draengen-nach-bundeswehr-vor-einsatz-in-osteuropa/>
- Q06:** EU-Militär probt für Bürgerkrieg in Deutschland. Polizeieinheiten und Militärs der EU haben in NRW eine Übung für einen Bürgerkriegsfall in Deutschland durchgeführt.
 DWN vom 28.04.2016
<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/04/28/eu-militaer-probt-fuer-buergerkrieg-in-deutschland/>
- Q07:** „Maischberger“-Talk vom 27.04.2016. Die Angstmacher: Wie gefährlich sind Deutschlands Populisten?
 Spiegel Online vom 28.04.2016
<http://www.spiegel.de/kultur/tv/sandra-maischberger-ueber-populisten-nur-verachtung-uebrig-a-1089692.html>
- Q08:** Prekariat auf Abwegen. Warum wenden sich so viele Arbeitslose und Geringverdiener ausgerechnet der neoliberalen AfD zu?
 Telepolis 23.04.2016
<http://www.heise.de/tp/artikel/47/47975/1.html>
- Q09:** Joschka Fischers Kriegserklärung an Russland
<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/joschka-fischers-kriegserklaerung-russland>
- Q10:** Der Kosovo-Krieg – Es begann mit einer Lüge:
<https://www.youtube.com/watch?v=ZtkQYRIXMNU>
- Q11:** Joschka Fischer auf dem Kosovo-Sonderparteitag in Bielefeld 1999:
<https://www.youtube.com/watch?v=7jsKCOTM4Ms>
- Q12:** TTIP: Umwelt-Standards können rückwirkend ausgehebelt werden
 DWN vom 02.05.2016
 EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström versichert dagegen: Europa werde seine Standards beim Verbraucherschutz nicht aufweichen.
<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/05/02/ttip-umwelt-standards-koennen-rueckwirkend-ausgehebelt-werden/>
- Q13:** TTIP ohne ZerrSPIEGEL. Hamburger Nachrichtenmagazin setzte aufs falsche Pferd
 Telepolis vom 02.05.2016
<http://www.heise.de/tp/news/TTIP-ohne-ZerrSPIEGEL-3194990.html>

Q14: Angela Merkel besteht auf zügigen Abschluss von TTIP

DWN vom 02.05.2016

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/05/02/angela-merkel-besteht-auf-zuegigem-abschluss-von-ttip/>

Q15: Ullrich Fichtner, *Spiegel*-Leitartikel: Österreich ist überall.

Der Spiegel vom 02.05.2016

Q16: Gesteuerte Berichterstattung: Mehrheit der Deutschen bezweifelt

Unabhängigkeit der Medien

Telepolis vom 03.05.2016

<http://www.heise.de/tp/artikel/48/48138/1.html>

Q17: Stratfor (George Friedman): US-Hauptziel seit einem Jahrhundert war, ein Bündnis Russland und Deutschland zu verhindern,

youtube vom 17.03.2015

<https://www.youtube.com/watch?v=9fNnZaTyk3M>

Kompletter Vortrag:

https://youtu.be/QeLu_yyz3tc

ergänzend:

Stratfor – George Friedmanns Rede auf Deutsch und Putins Gegendarstellung,

youtube.com vom 14.07.2015

<https://www.youtube.com/watch?v=ZgkKyYJV-bs>

Q18: US-Automarkt: BMW und Volkswagen verlieren an Boden

DWN vom 04.05.2016

In den USA melden die US-Hersteller und die Japaner beeindruckende Absatzzahlen. Von den deutschen Herstellern können Audi und Porsche einigermaßen mithalten. Für BMW und Volkswagen sieht es dagegen deutlich schlechter aus.

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/05/04/us-automarkt-bmw-und-volkswagen-verlieren-an-boden/>

Q19: Erste Gas-Lieferung aus den USA in Europa eingetroffen

DWN vom 04.05.2016

Die USA haben erstmals Gas nach Europa geliefert. Ein US-Tanker in legte in Portugal an. Die Amerikaner wollen Russland den europäischen Energiemarkt abjagen. Die Lieferung erfolgte schneller als allgemein erwartet.

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/05/04/erste-gas-lieferung-aus-den-usa-in-europa-eingetroffen/>

Q20: Grundsatzprogramm der AfD. Leitantrag der Bundesprogrammkommission und des Bundesvorstandes. Vorlage zum Bundesparteitag am 30.04. / 01.05.2016

<https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/03/Leitantrag-Grundsatzprogramm-AfD.pdf>

Q21: Die Schatten der Schulden-Krise: USA planen mit TTIP Frontal-Angriff auf Gerichte in Europa

DWN 07.05.2016

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/05/07/usa-planen-mit-ttip-frontal-angriff-auf-gerichte-in-europa/>

Q22: CDU fordert Bestrafung von Greenpeace wegen TTIP-Enthüllung

DWN 07.05.2016

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/05/07/cdu-fordert-bestrafung-von-greenpeace-wegen-ttip-enthuellung/>

Q23: Erdogans Weg in eine islamische Türkei

Telepolis vom 08.05.2016

<http://www.heise.de/tp/artikel/48/48186/1.html>

Q24: Symptomatisch für den Umgang mit den Grundrechten. Anatomie eines teilweise verfassungswidrigen BKA-Gesetzes - Teil 3

Telepolis vom 15.05.2016

<http://www.heise.de/tp/artikel/48/48076/1.html>